

Haftplätze dringend gesucht

Die Behörden wollen abgewiesene Asylbewerber vom Untertauchen abhalten. Doch die dafür nötigen Ausschaffungsgefängnisse gibt es wohl noch lange nicht.

Anja Burri
Bern

Wohin sie gehen, weiss niemand so genau. Mehrere Tausend Asylsuchende tauchen jedes Jahr unter. 2015 zählte das Staatssekretariat für Migration (SEM) 5347 solche «unkontrollierte Abreisen». Man nehme an, dass viele, die in der Schweiz keine Chance auf Asyl hätten, ihr Glück in einem anderen europäischen Land versuchten, sagen Fachleute. Manche bleiben aber auch. Ein kürzlich vom SEM veröffentlichter Bericht über die Sans-Papiers zeigt: Knapp ein Fünftel der schätzungsweise 76 000 in der Schweiz lebenden Papierlosen sind abgewiesene Asylsuchende.

Sagt das Stimmvolk am 5. Juni Ja zu den beschleunigten Asylverfahren, könnte diese Zahl steigen. Denn das Testzentrum in Zürich hat gezeigt: Weil Asylsuchende dank der frühzeitigen Rückkehr- und Chancenberatung den Ausgang ihres Asylverfahrens besser abschätzen können, reisen viele unkontrolliert ab. Im Testbetrieb tauchten 32,4 Prozent der Asylsuchenden unter; im Regelbetrieb 9,9 Prozent.

Nach einem Ja zur Asylgesetzrevision werden weitere Bundeszentren nach dem Zürcher Modell entstehen. Um zu verhindern, dass deutlich mehr Asylsuchende einfach abreisen, wollen der Bund und die Kantone mit dem neuen Asylsystem auch den Vollzug der Wegweisungen verbessern. Die Kantone haben sich deshalb 2013 dazu verpflichtet, 500 bis 700 Plätze für die sogenannte Administrativhaft zur Verfügung zu stellen. Bis Ende 2018 sollten diese separaten Ausschaffungszellen bereit sein - so hält es das SEM auf seinem Faktenblatt zur Asylgesetzrevision fest. Doch dieses Ziel wird verfehlt.

«Für die ganze Schweiz braucht es insgesamt rund 570 Administrativhaftplätze», sagt Peter Fäh, Leiter der Fachgruppe Kapazitätsmonitoring der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD). Um dies zu erfüllen, seien in der Nordwest- und Innerschweiz rund 40 neue Plätze, in der Ostschweiz 70 und in der Westschweiz etwa 50 neue Administrativhaftplätze nötig. Diese Zahlen seien das absolute Minimum, sagt Fäh. Denn heute würden die Ausschaffungshäftlinge auch in Gefängnissen untergebracht, in denen nebenan verurteilte Kriminelle ihre Strafe absäsen. Ein Umstand, den die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) regelmässig kritisiert. «Ich emp-



Die meisten Haftplätze befinden sich im Zürcher Flughafengefängnis. Foto: Keystone

fehlen den Kantonen, Ausschaffungshäftlinge in separaten Gebäuden unterzubringen», sagt NKVF-Präsident und Migrationsrechtler Alberto Achermann. Nur so könne man die besseren Haftbedingungen - zum Beispiel gelockerte Besuchs- oder Freizeitregeln - garantieren.

Viele Bauarbeiten nötig

Die Polizei- und Justizdirektoren des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz wollen eine solche Trennung erreichen. Es geht ihnen auch darum, die Untersuchungsgefängnisse wieder ausschliesslich den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung zu stellen. «Wir benötigen deshalb statt 40 rund 170 neue Haftplätze für Administrativhäftlinge», sagt Konkordatssekretär Benjamin F. Brägger. Maximal 108 solcher Plätze sind in Prêles im Berner Jura vorgesehen. Dort wird ein Jugendheim umfunktioniert. Ab Januar 2017 stünden die ersten 50 Plätze zur Verfügung, sagt Brägger. Weitere 58 Plätze könnten ab Januar 2018 in Betrieb genommen werden, wenn dies von den Konkordatskantonen gewünscht werde.

Parallel dazu läuft die Suche nach einem zweiten Standort für ein Ausschaffungsgefängnis. Dieses soll bevorzugt in der Zentral- und Innerschweiz stehen. Weil es schwierig ist, die Standortgemeinden von einem solchen Gefängnis zu überzeugen, wird die Wahl höchstwahrscheinlich auf ein bestehendes Gefängnis fallen, das umgebaut oder erweitert würde. «Diese neu zu bauen-

den Haftplätze stehen jedoch frühestens 2023 bis 2025 zur Verfügung», sagt Brägger. Dasselbe dürfte für die Pläne der beiden anderen Strafvollzugsregionen, der Ost- und der Westschweiz, gelten.

In der Region Ostschweiz steht das bisher grösste Ausschaffungsgefängnis. Im Zürcher Flughafengefängnis befinden sich 106 Administrativhaftplätze. Um das Soll der Region zu erreichen, will der Kanton St. Gallen in der bestehenden Strafanstalt in Altstätten die Plätze von 45 auf 126 aufstocken. Das Vorhaben muss aber noch von der Regierung, vom Parlament und vom Stimmvolk abgesegnet werden. In der Westschweiz ist vorgesehen, in der heutigen Strafanstalt Brenaz 168 Ausschaffungshaftplätze einzurichten. Dies ist erst möglich, wenn die verurteilten Straftäter in das neue Gefängnis Dardelles ziehen können. Dessen Baubeginn ist für 2018 vorgesehen.

Die Verspätung der Ausschaffungshaftplätze ist aus Sicht von KKJPD-Generalsekretär Roger Schneeberger kein Problem. Die Kantone seien auf gutem Weg: «Der Bedarf an solchen Haftplätzen ist nur schwer voraussehbar und kann sich rasch verändern.» Er warnt auch vor zu hohen Erwartungen an das Vollzugsregime: «Die Vorstellung, dass jeder abgewiesene Asylsuchende in Ausschaffungshaft genommen werden kann, ist falsch.» Es brauche in jedem Fall einen Verdacht, dass die Person untertauchen könnte - und einen richterlichen Entscheid.

Umstrittene Schweizer Stippvisite im Westjordanland

Eine Reise der Gruppe Schweiz - Israel führt acht Nationalräte in besetzte Gebiete. SP-Politiker halten dies für unhaltbar.

Barnaby Skinner und Fabian Eberhard



Carlo Sommaruga. Erich v. Siebenthal.

Am kommenden Donnerstag werden um 10 Uhr morgens in allen Ecken Israels die Sirenen aufheulen. 8,5 Millionen Menschen werden für zwei Minuten ihre Arbeit niederlegen im Gedenken an die sechs Millionen Juden, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Mittendrin: acht SVP- und FDP-Nationalräte der parlamentarischen Gruppe Schweiz - Israel.

Angeführt von Erich von Siebenthal, Berner SVP-Nationalrat und Präsident der Gruppe, flog die Delegation gestern für eine fünftägige informelle Reise nach Israel. Darunter waren auch Gewerbeverbandsdirektor und FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler (ZH) und der FDP-Fraktionschef Ignazio Cassis (TI). Neben den beiden Gedenkminuten haben die bürgerlichen Nationalräte ein volles Programm: Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, Stippvisite in der Knesset, dem israelischen Parlament, Augenschein bei der Aluminiumverarbeitungsfirma Extal in der Siedlung Ma'ale Adumim. Das Metallunternehmen trägt auch einen Teil der Reisekosten. Wie viel genau, ist unbekannt.

Aussprache in der Kommission

Auch wenn die Visite informeller Natur ist und die Teilnehmer die Kosten teilweise selber begleichen: Für den Genfer SP-Nationalrat Carlo Sommaruga steht der Trip im Konflikt mit der offiziellen Haltung der Schweiz gegenüber Israel. Diese ist glasklar: Alle von Israel kontrollierten Gebiete, die ausserhalb der Grenzen von 1967 liegen, verstossen (gestützt auf die 4. Genfer Konvention des Jahres 1949) gegen das internationale Völkerrecht. Die besetzten Siedlungen seien ein Hindernis für den Frieden und für die Umsetzung einer Zweistaatenlösung, schreibt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) auf seiner Website.

Ma'ale Adumim steht im Westjordanland und ist eine solche Siedlung. Noch im Jahr 1990 wurden 1050 Palästinenser aus dem Dorf gewiesen. Israel hingegen vertritt den Standpunkt, dass die Genfer Konvention nicht auf das Westjordanland angewendet werden könne, weil das Gebiet nie von einem souveränen Staat regiert worden sei.

Für Carlo Sommaruga ist das nicht nachvollziehbar. Er vergleicht die Situation im Westjordanland mit derjenigen in der Ukraine. «Wenn eine Firma in Moskau heute zum Besuch ihres Ablegers auf die faktisch von Russland annektierte Krim-Halbinsel laden würde, wären dafür aus der Schweiz keine Politiker zu haben.» Warum gälten für das Westjordanland andere Regeln?

«Von der SVP erwarte ich nichts anderes, als dass sie sich über internationales Völkerrecht hinwegsetzt», sagt Sommaruga, «ich bin überrascht, dass der FDP-Fraktionschef da mitspielt.» Sommaruga sagt, er habe Ignazio Cassis darauf hingewiesen, was für ein Signal ein Besuch in der Siedlung Ma'ale Adumim aussenden könnte. «Doch Herr Cassis hat mir nur einen Link auf einen Wikipedia-Artikel retourniert, in dem es um den unaufgelösten Streit geht, wem das Land nun gehört», sagt Sommaruga. Er will das Thema deshalb heute in der Aussenpolitischen Kommission diskutieren. Auf TA-Anfrage erklärte Cassis gestern, dass er auf den Besuch von Ma'ale Adumim verzichten werde.

Erich von Siebenthal, eine der treibenden Kräfte hinter der Reise, erkennt nichts Falsches daran, die besetzten Gebiete zu besuchen. Der SVP-Nationalrat macht auch klar, dass es ihm um durchaus mehr geht als um einen Fabrikbesuch: «Wir müssen für die einzige funktionierende Demokratie im Nahen Osten ein Zeichen setzen. Alle anderen Staaten brechen auseinander», sagt der bekennende Christ. Er habe ein grundsätzliches Problem mit der Haltung der Schweiz und der internationalen Gemeinschaft. «Wer fordert, dass Israels Grenzen auf den Stand von 1967 zurückgestutzt werden sollten, der verkennt die Realität.» Als Beispiel erwähnt er die Forderung nach Rückgabe der Golanhöhen. «Das kann nicht in unserem Sinne sein», sagt von Siebenthal.

Das EDA wollte auf TA-Anfrage die Reise nach Israel nicht öffentlich kommentieren. Doch klarer als auf der Amtswebsite könnte es ohnehin nicht stehen: «Die Schweiz unterhält mit Israel ausserhalb seiner Grenzen von 1967 keine offiziellen Beziehungen.»

Anzeige

Fielmann: Lieber besser aussehen als viel bezahlen.

Fielmann zeigt Ihnen die ganze Welt der Brillenmode – zum garantiert günstigsten Preis. Denn Fielmann bietet Ihnen die Geld-zurück-Garantie. Sehen Sie das gleiche Produkt innerhalb von 6 Wochen nach Kauf anderswo günstiger, nimmt Fielmann den Artikel zurück und erstattet den Kaufpreis.

Moderne Komplettbrille mit Einstärkengläsern, 3 Jahre Garantie.	CHF 47.50
Sonnenbrille in Ihrer Stärke Metall oder Kunststoff, Einstärkengläser, 3 Jahre Garantie.	CHF 57.50

Jetzt kostenlos Kontaktlinsen aller grossen Marken Probe tragen!

www.fielmann.com

Fielmann